

# Freie Zeitung

## hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Freie Zeitung“ erscheint an jedem Montag ausser Feiertagen. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 2.00 Reichsmark, durch Flugpostzeitung 2.50 Reichsmark, durch Bahnpostzeitung 2.00 Reichsmark, durch die Post 2.00 Reichsmark, durch die Bahnpostzeitung 2.50 Reichsmark. Einzelhefte 10 Pfennige. Ein Jahrgang 20 Reichsmark. Die Flugzeitung wird nach Abrechnung des Monats. Die Zeitungsannahme: Jede Woche samstags. Die Flugzeitung wird nach Abrechnung des Monats. Die Zeitungsannahme: Jede Woche samstags.

### Neues in Kürze.

#### Druckmaschinen und Radialelektromotoren.



**Der österreichische Bundeskanzler Kramet** trifft am 27. März in Berlin ein, um dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung einen Besuch abzustatten. Bei dieser Gelegenheit wird Bundeskanzler Kramet dem Reichspräsidenten von Hindenburg die höchste von der österreichischen Republik geschaffene Auszeichnung überbringen, das große goldene Ehrenzeichen am Bande mit Sternen für Verdienste um die Republik.

Die Berliner Zeitungen mitteilen, wird das ganze Steuerreformprogramm des Finanzministers Reinhold nach Auffassung des Berliner Geschäftswelt und der zuständigen gemäßigten Organisationsform eine **Veränderung** von mehr als anderthalb bis 2 vom Hundert zur Folge haben.

Die Meldung eines Berliner Blattes, daß leitens der deutschen Metallindustrie ein Lohnabbau von 10 Proz. in Vorbereitung sei, ist von Arbeitnehmerseite widerstanden worden. Das Dementi war von kurzer Dauer. In der Grobberliner Metallindustrie ist bereits das Lohnabbauverfahren eingeleitet, die am 31. März geltend gemacht werden soll. Die Metallindustrie ist notwendig, um die Betriebe wirtschaftlicher zu gestalten. Berlin gilt in Tariffragen immer als Prüfling für das ganze Reich. Deshalb kann der „Vorwärts“ mitteilen, daß auch die Metallarbeiter für Mittel- und Westdeutschlands vorbereitende Schritte zur Anwendung des drohenden Lohnabbaus unternommen hat.

Der sächsische Landtag hat gestern den linkssozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtages in namenhafter Abstimmung mit 60 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Der internationale Gerichtshof im Haag hat in Auslegung des Damesabkommens einen Sachspruch gefällt, nach dem die für Sozialversicherungen in Elsaß-Lothringen und Oberschlesien an Frankreich und Polen, sowie die für Zivil- und Militärpensionen in Elsaß-Lothringen zu leistenden Beträge in den Jahresabzügen des Damesabkommens einbezogen sind. Damit hat der internationale Gerichtshof im wesentlichen der deutschen Auffassung stattgegeben.

Der Pariser „Matin“ meldet aus Polen, die endgültige Ratifizierung des Abkommens von Locarno sei durch Kabinettsbeschluss bis zur nächsten Aufnahme des polnischen Angebots, die unter Wahrung der Notwendigkeiten für die Freiheit des Luftverkehrs von der Reichsregierung angenommen worden sind.

Zu den am Sonnabend in Paris wieder beginnenden deutschen Luftfahrerverhandlungen erlahnt man, daß in Berliner politischen Kreisen diesmal auf eine Verständigung mit Bestimmtheit gerechnet wird. Die neuen Anweisungen, die Geheimrat Nord nach Paris mitgenommen hat, stellen das Maximum der deutschen Zugeständnisse dar, die unter Wahrung der Notwendigkeiten für die Freiheit des Luftverkehrs von der Reichsregierung angenommen worden sind.

Die französische Kammer hat gestern vormittag die Beratung des Einheitsbudgets für das Jahr 1926 zu Ende geführt und die Budgetvorlage mit 415 gegen 128 Stimmen angenommen.

Eine Abordnung des englischen Industrie-Komitees wird durch die Erlaube nachfragen, daß jede Industriezweigsabrede nach ihrer Annahme sofort in Kraft treten möge, auch zu verhindern, daß in der Zeit bis zum Inkrafttreten vom Auslande zu große Massen der besten Waren auf den britischen Markt gelangen werden.

## 13 Stimmen Mehrheit für Braun-Severing.

Der Preussische Landtag bewilligte am Donnerstag eine Million als zweite Rate für den aus feuerpolizeilichen Gründen notwendigen Erweiterungsbau des Staatlichen Opernhäuses in Berlin.

Bei Erörterung des Hausplans des Staatsministeriums konzentrierte sich das Hauptinteresse auf die Abstimmung über einen kommunalistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung, der mit ihrer Zustimmung zur Außenpolitik der Reichsregierung und den fortgesetzten Zahlungen von 50 000 M. monatlich an die Hohenzollern gebündelt wurde.

Der Antrag fiel in namenhafter Abstimmung mit 136 gegen 183 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen. Für das Mißtrauensvotum stimmten außer den Kommunisten auch die Reichsparteien, wobei jedoch der deutsche Abg. Graf Garnier hervorhob, daß seine Partei sich mit ihrer Zustimmung nicht

etwa die kommunalistische Begründung wegen der Zahlungen an die Hohenzollern zu eigen machte.

Interessant ist, daß auch die völkerverfeindlichen Abgeordneten mit Ausnahme von vier, die sich der Stimme enthielten, für das Mißtrauensvotum und damit also gegen die Locarno- und Wälderbundpolitik stimmten.

Annahme fand der Antrag auf Einziehung einer Vertretung Preußens bei den Sanjseckten mit dem Sitz in Hamburg und der auf Einwirkung auf die Reichsregierung, daß sie die baldige Durchführung des Belagungsstatutes an 15 000 Mann gemäß den gegebenen Zusicherungen der Entente durchführe. Abgelehnt wurde der demokratische Antrag, der die Teilnahme an der Besatzungsfeier allen abkömmlichen Beamten als Dienstpflicht auferlegen wollte. Das Haus begann dann nach der dritten Lesung der Hausinsinieren, über die am Freitag die Entscheidung fallen soll.

## Das neue Steuerkompromiß.

Nach langwierigen Verhandlungen, die von der Regierungspartei, mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten sowie der Wirtschaftlichen Vereinigung geführt wurden und denen auch der Reichsfinanzminister und zeitweise auch der Reichstagspräsident beiwohnten, ist es gestern abend zu einer vorläufigen Verständigung über die Abänderung der Steuerermäßigungsvorlage gekommen. Neben den Regierungsparteien haben sich bereits die Sozialdemokraten und die Wirtschaftliche Vereinigung mit diesem Steuerkompromiß einverstanden erklärt. Die Deutschnationalen haben eine offizielle Zustimmung noch nicht ausgesprochen. Man hofft aber, daß sie sich der Vereinbarung anschließen werden. Das Kompromiß wird am Sonnabend an den Reichstag gelangen können. Die zweite und dritte Lesung soll dann am Montag und Dienstag erfolgen.

Das Kompromiß hält an der Umwälzung in der Höhe von 0,75 Proz. fest. Eine Ersetzung der Hausinsinieren ist für die Zukunft in Aussicht genommen. Das soll in der Vorlage jetzt dadurch zum Ausdruck kommen, daß durch eine Art Sperrgesetz im allgemeinen die Erhöhung der Werten über den Friedensfuß erst vom 1. April 1927 ab erfolgen kann.

Die Luxussteuer wird aufgehoben. Die Zinnssteuer wird im wesentlichen nach den letzten Anträgen der Regierungsparteien festgelegt. Ebenso die Degression der Vermögenssteuer für die kleineren Vermögen. Weiter wird festgelegt der Fortfall der Veranlagung der Vermögen für den 31. Dezember 1925.

Die Weinksteuer wird aufgehoben. Bezüglich der Schiefer wird vom 1. Juli d. J. ab eine Sondersteuer eingeführt, die eine Mark pro Pfund beträgt. Für Fischereierzeugnisse soll die Sondersteuer 20 Pf. pro Pfund betragen. Die Salzsteuer fällt fort. Die Weizensteuer tritt erst am 1. Januar 1927 in Kraft.

## Rußlands Abkehr von Kommunismus.

Die Weihnachtstage 1925 haben den großen Sieg der gemäßigten Sowjetleute über die radikalsten gebracht. In bezug auf den einflussreichen (Petersburger) Sowjet unter Führung Sinowjews hielt an der extremen Richtung fest. Jetzt ist ein weiterer Sieg der gemäßigten Richtung zu verzeichnen. Aus Moskau wird gemeldet:

Sinowjew ist der Leitung des Sowjets von Wenigab vertrieben gegangen. Der Gesamtentscheidungs des Sowjets von Wenigab hat ihn verlassen und an seine Stelle Komarow zum Vorkommen gebracht. Komarow hat während des letzten Parteikonferenzen Stalin gegenüber die Opposition Sinowjews unterstützt. Die Frage, ob Sinowjew die Führung der Kommunistischen Internationale beibehalten wird, wird auf dem im Laufe des Jahres stattfindenden Kongress der Kommunistischen Internationale entschieden werden.

Dieser Sieg der Gemäßigten auch in Petersburg ist von größter Bedeutung. Denn nunmehr sind alle Führer des Kommunismus zu einer Politik übergegangen, die mit dem eigentlichen Internationalismus übereinstimmt. Noch etwas zu tun hat, sondern den Wirtschaftssystem aller anderen Staaten dem sogenannten kapitalistischen, fast ganz entspricht, mit den einzigen wesentlichen Unterschied, daß die auch in anderen, kapitalistischen Staaten bestehenden Staatseinkünfte für die Einkünfte der Arbeiter in Rußland wesentlich weiterer Umfang

Weiter soll eine Resolution angenommen werden, wonach in Zukunft die Zukunftsermächtigt werden soll, wenn man den ausfallenden Betrag durch eine bessere Gestaltung des Branntweinmonopols decken kann.

Bezüglich der Erwerbslosen soll die Bezahlung zum Bezug der Unterstützung auf 30 Wochen verlängert werden. Außerdem sollen Bestimmungen getroffen werden, wonach die ausgegrenzten Erwerbslosen wieder in die Unterstützungsberechtigten einströmen.

erner soll beschlossen werden, daß der Eigenverbrauch der in der Landwirtschaft mitarbeitenden Familienangehörigen nicht der Angehörigen unterliegen soll.

Im wesentlichen stellt das neue Steuerkompromiß einen Sieg der Sozialdemokraten dar. So die Hinausschiebung der Mietschöpfung bis nach dem 1. April 1927 was eine weitere Verlängerung der Wohnungsnot bedeutet — und so die Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung, der oft offen bleibt, wobei die Mittel zu dieser Mehrausgabe genommen werden sollen. Deutlich ist das neue Kompromiß mehr geordnet. Das Kabinett Rühmer steuert scheint immer mehr nach links zu greifen und immer weniger die Absicht zu haben, die Erwerbslosigkeit durch Hebung der Wirtschaft zu beheben. Statt dessen laßt sie die Erwerbslosen nur lediglich zu mildern durch Unterfertigungen, wodurch sie aber immer wieder weitere Erwerbslosigkeit durch Steigerung der Betriebslosigkeit und Steuerlasten schafft.

Im Stenographischen des Reichstages wurde heute das Steuerkompromiß in erster und zweiter Lesung ohne wesentliche Änderung angenommen.

haben, indem sie auch den ganzen Bereich der Ware Geld (das Bankwesen) und den gesamten Export- und Importverkehr (als Außenhandelsmonopol) umfassen. Nachdem aber einmal die gemäßigten Richtung gefestigt ist, wird auch eine weitere Anposition an die kapitalistischen oder weniger tendenzlos gelagert: an die neuzeitlichen Wirtschaftsformen folgen.

Damit wird nicht nur der Weg frei für eine gleichberechtigte Beteiligung der Wirtschaft im Inneren Rußlands, sondern vor allem fallen die außenpolitischen Hemmnisse gegen eine Anerkennung der heutigen russischen Regierung durch die bisher widerstrebenden Mächte mehr und mehr fort. Inwieweit sich die russische Regierung und England werden schließlich klären, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Einen ersten Beweis dafür liefert die folgende Meldung:

Die Londoner „Morning Post“ berichtet, daß die konservative englische Parlamentsmitglieder beschließen, etwa am 20. April eine Reise nach Rußland anzutreten, die einen Monat oder länger dauern werde. Diese Reise werde mit Kenntnis und Billigung der Regierung unternommen, jedoch nicht auf ihre Veranlassung oder Anregung. Es ist durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die englische und amerikanische Politik eine völlige Schwertung gegenüber Sowjetland vornimmt (womit auch die bisherige Völkerbundspolitik Englands hinsichtlich würde), und die gemäßigtere Richtung in Sowjetland geht offensichtlich darauf aus, eine Verständigung mit dem beiden großen Kapitalmächten herbeizuführen, weil nur harter Kapitalismus nach Rußland das fürchtbare Elend des bisherigen Sozialismus abzuwenden und eine Hebung der Wirtschaft herbeizuführen kann.



Graf Runo Westarp.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei hat, wie gestern gemeldet, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Graf Runo Westarp zum Parteivorsitzenden gewählt.

## „Der Reichsfinanzminister bedauert.“

### „Das Innenpolitische“

Die Sachgen kennen den jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold besser als wir. Denn er war ja vorher sächsischer Finanzminister — und wissen aus Erfahrung, daß er groß ist in Zulagen und Verschönerungen. Daher haben sie sein Regierungsantrittsprogramm von vornherein wesentlich kritischer und zweifelnder aufgenommen als die übrigen deutschen Länder, in denen die versprochenen Steuerermäßigungen und der ganze Rest des Herrn Dr. Reinhold flinke Freude auslöste.

Nur die bösen Deutschnationalen machten ein schiefes Gesicht und äußerten Zweifel. Gleich hielt es: „Das ist ja nur Demagogie, nicht sachliche Opposition.“ Aber die Deutschnationalen waren über die Steuererleichterungsmöglichkeiten gut unterrichtet, da das einer der ihren, Herr v. Schlieben, soeben Reichsfinanzminister gewesen war. Er ließ gerade noch rechtzeitig vorläufige Ordnung in den Reichsfinanzen, letzte dann mit einer weitgehenden Steuerermäßigung ein und ermöglichte es seinem Nachfolger Reinhold, den Ruhm eines milden Finanzministers zu ernten, den nicht er, sondern Schlieben durch vorzügliche Finanzwirtschaft gefestigt hatte.

Aber Herr Reinhold genügt es nicht, lediglich der Parlamentarierrollen zu Schließen zu sein. Er wollte bemessen, daß er, entgegen dem bekannten Charaktereindruck, nicht nur ein Amt, sondern auch eine Meinung“ hatte. Im Frühlinggefühl seiner jungen Reichsministerwürde und mit jenem roterem und silbergegrünem Optimismus — der aneinander immer mehr die offizielle Regierungscouleur der Spitzen des heutigen Parlamentarismus wird, je schlechter es dem von ihnen regierten Volke geht — erwiderte er auch in der gläubigen Menge Hoffnungen auf einen Steuer- und Wirtschaftsrückgang, der von den allzuweitlichen fiskalischen Winterreifen frei sei. Leider ist es ihm damit genau so gegangen, wie der Mutter Natur fast in diesen Tagen: „es fiel ein Reif in der Frühlingssnacht“. Jetzt muß der Herr Reichsfinanzminister gestehen, daß er vor kaum drei Wochen die Lage viel zu rosig gesehen, auf deutsch: daß er sich ganz bedenklich geirrt und erst durch nachträgliche Prüfung feierlichst habe, daß sein eben erst verkündetes Steuerprogramm undurchführbar sei. Er legt also dem Steuerentscheidungs des Reichstages flugs ein neues Programm vor, das schon weniger rosig ist, und gibt dazu einige Erklärungen, aus denen sich ergibt, wie recht die bösen Deutschnationalen hatten, als sie vor dem allmählich offiziell gewordenen Optimismus warnten. Wer zwischen den Zeilen lesen kann, der entnimmt den Erklärungen Dr. Reinholds ohne weiteres, daß ihm selber, „der seine Gottdankigkeit“ bange“ geworden ist, und daß seine einzige Hoffnung, auch nur das letzte neue Programm durchzuführen, eine wesentliche Besserung unserer Wirtschaftslage ist, — die uns der Himmel schenken möge, aber einstweilen leider noch vorentfällt.

Ich will mich hier nicht mit dem Einzelnen befassen, die sehr langsam und schwach sein würden, auch durch den einzelnen Staatsbürger und Wähler glücklicherweise nicht unbedingt leicht gepirrt werden können. Ich frage nur dies: Ist das eine Innenpolitik, eine Finanzpolitik, getreue, Vertrauen in die Sachgenuss und Ge-

